

Burg Warberger Erklärung

Peter Hauk

**Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und
Verbraucherschutz in Baden-Württemberg**



Ursula Heinen-Esser

**Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des
Landes Nordrhein-Westfalen**



Michaela Kaniber

Bayerische Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten



Barbara Otte-Kinast

**Niedersächsische Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz**



Sven Schulze

**Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes
Sachsen-Anhalt**



10. März 2022

1. Mit großer Sorge beobachten wir den Krieg in der Ukraine. Wir verurteilen den russischen Überfall und unterstützen den Freiheitswillen und den Mut des ukrainischen Volkes. Wir appellieren an Russland, die Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen und sich umgehend aus der Ukraine zurückzuziehen.
2. Die Ukraine ist die Kornkammer Europas und ein wichtiger Erzeuger u.a. von Sonnenblumen, Mais, Weizen und Raps. Das Land erzielt im Außenhandel mit Agrarprodukten einen Überschuss von mehr als 12 Mrd. Euro pro Jahr. Zahlreiche Länder sind zur Ernährung ihrer Bevölkerung auf Einfuhren aus der Ukraine angewiesen. Wir sehen bereits jetzt mit Sorge den Wegfall der ukrainischen Agrarexporte und die dadurch ausgelösten Preissprünge an den internationalen Agrarmärkten.
3. Die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln in der EU und in Deutschland ist nicht gefährdet. In der EU und in Deutschland haben wir bei den wichtigen pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln eine sichere und ausreichende Produktion mit guter Selbstversorgung.
4. Als Folge der Verknappung des Angebots und des starken Preisanstiegs bei wichtigen Agrarprodukten, etwa Weizen, erwarten wir in hohem Maße nachteilige Folgen für die Ernährungssituation in ärmeren Schwellen- und Entwicklungsländern. Die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Menschen und die politische Stabilität in diesen Ländern erfüllt uns mit großer Besorgnis. Wir fordern die Europäische Union auf, frühzeitig alle ihr offenstehenden Möglichkeiten zu nutzen, um in Kooperation mit den betroffenen Ländern eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen und die Ernährungssituation dort zu stabilisieren.
5. Wir betrachten ebenfalls mit großer Sorge die Auswirkungen des Preisanstiegs bei wichtigen Agrarprodukten auf die heimische Landwirtschaft. Vor allem landwirtschaftliche Betriebe mit Nutztierhaltung leiden erheblich unter dem starken Anstieg der Futtermittelpreise. Die Nutztierhaltenden Betriebe, die sich ohnehin

in einer wirtschaftlich schwierigen Situation befinden, werden dadurch noch weiter unter Druck gesetzt.

6. Alle landwirtschaftlichen Betriebe sind von der Verknappung und dem starken Preisanstieg bei Vorleistungsgütern wie Mineraldünger und Treibstoffen betroffen. Das Fehlen ausreichender Düngermengen gefährdet im Ackerbau die Erträge und damit die ausreichende Versorgung mit Agrarprodukten. Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung ist unter den gegenwärtigen Bedingungen auch deshalb neu zu bewerten, da sie zu geschlossenen Nährstoffkreisläufen und zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung beitragen kann. Wir bekennen uns zu einer tiergerechten landwirtschaftlichen Nutztierhaltung als Beitrag zur Ernährungssicherheit in unserem Land.
7. Die durch massive Kostensteigerungen betroffenen Betriebe der Land- und Ernährungswirtschaft sind darauf angewiesen, den höheren Kostenaufwand an die Abnehmer und damit letztlich an die Verbraucherinnen und Verbraucher weiterreichen zu können. Andernfalls ist die wirtschaftliche Stabilität der Betriebe bedroht. Wir bitten daher alle vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche, die Zulieferer und Abnehmer der Landwirtschaft sind, bei ihrer Preisgestaltung darauf Rücksicht zu nehmen.
8. Ernährungssicherheit setzt funktionierende Wertschöpfungsketten vom Acker bis zum Teller der Verbraucherinnen und Verbraucher voraus. Mit Sorge betrachten wir die große Abhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft unter anderem von Energieimporten aus Russland. Zur Vermeidung eines Worst-Case-Szenarios einer unzureichenden Verfügbarkeit von Energieträgern halten wir es für erforderlich, die Land- und Ernährungswirtschaft prioritär mit Energie zu versorgen. Es gilt, die Ernährungssicherheit der Bevölkerung jederzeit gewährleisten zu können.
9. Wir bekennen uns zum Ziel einer nachhaltigen, umwelt-, klima- und tiergerechten Landwirtschaft. Die seit Kriegsbeginn in der Ukraine zu beobachtende grundsätzliche Neubewertung aller Politikfelder darf angesichts der zu erwartenden kurz- und langfristigen Auswirkungen der Ukraine-Krise aber auch vor

der Agrarpolitik nicht haltmachen. In der Krise darf es keine Denkverbote geben – auch die Agrarpolitik muss angesichts dieses neuen Szenarios nochmals auf den Prüfstand!

10. Wir fordern vor diesem Hintergrund die Europäische Union auf, ihre Strategien und Politiken daraufhin zu überprüfen, welche Spielräume für eine kurzfristige Steigerung der Erzeugung von Agrarprodukten in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union eröffnet werden können. In diesem Zusammenhang muss die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten unter anderem die vorübergehende Aussetzung von Verpflichtungen zur Flächenstilllegung ermöglichen. Ferner sehen wir bei drohenden globalen Nahrungsmittelengpässen bei der Verwendung von Agrarprodukten die Priorität klar bei Lebensmitteln, weniger in der Erzeugung von Biokraftstoffen.
11. Grundsätzlich halten wir es für erforderlich, dass der Bund seine agrar- und umweltpolitischen Handlungsspielräume im Interesse einer kurzfristigen Abmilderung der Krisenfolgen nutzt und im Zweifel dazu offene Rechtsfragen einvernehmlich und umgehend mit der EU-Kommission abklärt. Es gilt, rechtlich verlässliche Grundlagen zu schaffen, um handlungsfähig zu sein.
12. Auf nationaler wie auf europäischer Ebene ist die Agrarpolitik gefordert, langfristig ihren Beitrag dazu zu leisten, die Krisenfestigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft zu verbessern. Soweit erforderlich, muss durch gezielte Maßnahmen die Selbstversorgung bei wichtigen Agrarprodukten wie Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen gewährleistet werden. Der nationale Gesetzgeber ist gefordert, mit Blick auf die Erzeugung von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs schnellstmöglich die im Konzept der „Borchert-Kommission“ zusammengefassten Voraussetzungen für den Umbau der Nutztierhaltung zu schaffen, um landwirtschaftlichen Betrieben mit Tierhaltung wieder ausreichende Planungssicherheit und damit Zukunftsperspektiven am Standort Deutschland zu eröffnen.
13. Für die Krisenresilienz des deutschen Ernährungssystems ist die heimische Agrar- und Ernährungswirtschaft unverzichtbar. Massive Abhängigkeiten von Zulieferungen von Agrarrohstoffen und Vorprodukten aus Drittstaaten haben sich

bereits zu Beginn der Corona-Pandemie und jetzt erneut in der Ukraine-Krise als Achillesferse erwiesen. Wir fordern alle Akteure entlang der Wertschöpfungsketten der Agrar- und Ernährungswirtschaft auf, ihre Lieferketten einem Stresstest zu unterziehen und sie ggf. resilienter zu gestalten.